



Es ist eine altbekannte Strategie, doch in ihrer Konsequenz wirkt sie heute radikaler denn je: Viktor Orbán regiert nicht nur, er inszeniert einen permanenten politischen Ausnahmezustand. Je näher die entscheidenden Parlamentswahlen am 12. April rückten, desto stärker verdichtete sich in Ungarn ein Klima der Polarisierung. Was für seine Gegner wie eine aggressive Kampagne wirkt, folgt einer klaren Logik: Spannung ist kein Nebenprodukt der Politik – sie ist ihr Motor geworden.

## Politik als Dauerkonflikt

Seit seiner Rückkehr an die Macht im Jahr 2010 hat Orbán ein politisches System aufgebaut, das er selbstbewusst als „illiberale Demokratie“ bezeichnet. Der Begriff ist mehr als ein Schlagwort. Er beschreibt eine Praxis, die auf Konfrontation basiert – nach innen wie nach außen.

Im Zentrum steht dabei die Konstruktion politischer Gegenspieler. Mal ist es die Europäische Union, mal sind es internationale Nichtregierungsorganisationen, mal kritische Medien im Inland. Diese Akteure erscheinen in der Regierungsrhetorik nicht als legitime Gegenstimmen, sondern als Bedrohung für nationale Souveränität und kulturelle Identität.

Die politische Kommunikation folgt dabei einem einfachen Muster: Wer Kritik übt, stellt sich gegen das Land. Wer sich dem widersetzt, stärkt die Nation. Diese binäre Logik reduziert Komplexität – und erhöht zugleich die Mobilisierungsfähigkeit. Orbán's Stärke liegt darin, politische Konflikte nicht zu entschärfen, sondern sie gezielt zu verstärken.

## Die Macht über das Narrativ

Ein wesentlicher Pfeiler dieses Systems ist die Kontrolle über die öffentliche Erzählung. In den vergangenen Jahren hat sich die Medienlandschaft Ungarns grundlegend verändert. Ein Großteil der reichweitenstarken Medien befindet sich heute direkt oder indirekt im Einflussbereich regierungsnaher Akteure.

Diese strukturelle Verschiebung hat Folgen. Politische Botschaften der Regierung erreichen die Bevölkerung mit hoher Frequenz und geringer Reibung. Gleichzeitig werden kritische Stimmen fragmentiert und an den Rand gedrängt. Der öffentliche Diskurs verengt sich – nicht durch offene Zensur, sondern durch eine schleichende Neuordnung der Informationskanäle.



Für Orbán ist dies kein Widerspruch zur Demokratie, sondern deren Anpassung. In seiner Lesart korrigiert die Regierung ein vermeintliches Übergewicht liberaler Eliten in Medien und Institutionen. Kritiker hingegen sehen darin eine systematische Aushöhlung pluralistischer Öffentlichkeit.

## Eine Opposition ohne Zentrum

Während die Regierung ihre Macht konsolidiert, ringt die Opposition um Orientierung. Mehrere Versuche, ein breites Bündnis gegen Orbán zu schmieden, sind in der Vergangenheit gescheitert. Ideologische Unterschiede, strategische Rivalitäten und ein strukturell benachteiligendes Wahlsystem erschweren eine geschlossene Gegenbewegung.

Neue Akteure wie Péter Magyar bringen nun Bewegung in das politische Feld. Gerade weil er aus dem Umfeld des Systems stammt, verkörpert er für manche Wähler eine glaubwürdige Alternative. Doch ob er die fragmentierte Opposition tatsächlich einen kann, bleibt offen.

Das grundlegende Problem liegt tiefer: Orbán's System ist nicht nur politisch dominant, sondern institutionell abgesichert. Wahlrecht, Medienstruktur und staatliche Ressourcen greifen ineinander und schaffen ein Umfeld, in dem Machtwechsel strukturell erschwert werden.

## Der Konflikt mit Brüssel als innenpolitisches Kapital

Die Auseinandersetzungen mit der Europäischen Union sind dabei längst Teil der innenpolitischen Strategie geworden. Streitpunkte gibt es viele: Rechtsstaatlichkeit, Justizreformen, Korruptionsvorwürfe, die Verwendung europäischer Fördergelder.

Die Reaktionen aus Brüssel – etwa das Einfrieren von Mitteln – liefern Orbán wiederum neue Argumente. In seiner Darstellung handelt es sich nicht um rechtliche oder institutionelle Konflikte, sondern um politische Strafmaßnahmen gegen ein souveränes Land. Die EU wird so zum externen Gegner stilisiert, gegen den sich nationale Geschlossenheit formieren soll.

Diese Dynamik ist nicht neu, gewinnt jedoch an Schärfe. Sie verschiebt die politische Debatte weg von konkreten innenpolitischen Problemen hin zu einer grundlegenden Frage: Wer bestimmt über Ungarns Zukunft – Budapest oder Brüssel?



## Die Logik der Eskalation

Was sich in Ungarn beobachten lässt, ist mehr als eine nationale Besonderheit. Es ist ein Modell politischer Machtsicherung, das auf Eskalation setzt. Konflikte werden nicht gelöst, sondern genutzt. Institutionen werden nicht abgeschafft, sondern umgedeutet. Demokratie bleibt formal bestehen, verändert jedoch ihren Charakter.

Kurzfristig ist diese Strategie erfolgreich. Orbán gelingt es, seine Anhängerschaft zu mobilisieren, die Opposition zu schwächen und den politischen Diskurs zu dominieren. Doch langfristig stellt sich eine grundlegendere Frage: Wie viel Spannung verträgt ein politisches System, bevor es seine integrative Kraft verliert?

Ungarn wirkt in diesem Sinne wie ein politisches Versuchslabor. Die Entwicklungen dort zeigen, wie sich demokratische Strukturen unter dem Druck populistischer Mobilisierung und institutioneller Kontrolle verändern können. Es ist eine leise Transformation – aber eine mit weitreichenden Konsequenzen für Europa.

Am Ende bleibt nicht nur die Frage nach Orbán's politischer Zukunft. Entscheidend ist vielmehr, ob sich das ungarische Modell als Ausnahme erweist – oder als Vorbote einer Entwicklung, die auch andere Demokratien erfasst.

Autor: P. Tiko